

Der Ausschuss für soziale Angelegenheiten und soziale Beschäftigungsförderung hält die Aufrechterhaltung der Wohnberatung im Kreisgebiet für eine wichtige Aufgabe. Der Ausschuss fordert die Arbeiterwohlfahrt auf, ein Konzept vorzulegen, wie die Wohnberatung nach Wegfall der Landesmittel sichergestellt werden kann.

Außerdem schlägt der Ausschuss für soziale Angelegenheiten und soziale Beschäftigungsförderung dem Finanzausschuss vor, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Kreistag vorzuschlagen, folgenden Beschluss zu fassen:

Für die Sicherstellung einer qualitativ ausreichenden Wohnberatung werden im Haushalt 2009 zusätzliche Mittel in Höhe von 20.000 € bereitgestellt. Bis zur Vorlage eines Konzepts durch die Arbeiterwohlfahrt und die Entscheidung des Ausschusses für soziale Angelegenheiten und soziale Beschäftigungsförderung, ob eine Aufstockung der Finanzierung zur Erreichung des gewünschten Ziels überhaupt erforderlich ist, ist der Betrag mit einem Sperrvermerk zu versehen.